

**Tarifrunde Zeitungsredakteure****Feste, Freie und Pauschalisten  
erkämpfen gemeinsam Einigung!**

**Das war starker Tobak: 15 Prozent weniger, Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Kürzung des Urlaubsanspruches für neue Angestellte. So stellten sich die Zeitungsverleger die tarifliche Zukunft. Zum 31. Juli 2010 war der Gehaltstarifvertrag und der Honorartarifvertrag von ver.di gekündigt worden. Als Reaktion kündigte der BDZV (Arbeitgeberverband der Tageszeitungsverlage) den Manteltarifvertrag zum Jahresende 2010 und stellten massive Forderungen auf. Neben den obigen Forderungen ging es auch um die Kürzung des Urlaubsgeldes für die Altgedienten und einiges mehr.**

Am 18. August 2011 haben sich ver.di, der DJV und der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) auf eine Tarifeinigung für die rund 14.000 Redakteurinnen und Redakteure sowie die freien Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen verständigt.

„Die heftig umstrittenen Verschlechterungen für Berufseinsteiger sind vom Tisch, die von den Verlegern beabsichtigte Abwertung des Journalistenberufs ist damit verhindert worden“, betonte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Dies konnte nur durch eine breite sehr kreative Streikbewegung tausender Redakteurinnen und Redakteure, Volontären sowie freien Journalistinnen und Journalisten erreicht werden.

Das Bedeutsame dabei: Eine Spaltung der Journalistinnen und Journalisten an Tageszeitungen, sei es Feste gegen Freie/Pauschalisten oder jetzt Beschäftigte gegen zukünftige Journalistinnen und Journalisten ist nicht gelungen.



Denn festangestellte RedakteurInnen, Freie und Pauschalisten sind sehr stark mit ihrer Arbeit verbunden, der sie mit hohem Engagement nachgehen, auch ohne den stetigen Blick auf die Uhr, mit dem Ziel für die Leserinnen und Lesern ein qualitativ hochwertiges Produkt zu erstellen. Deshalb wurden die Forderungen der Arbeitgeber als Angriff auf den Journalistenberuf empfunden. Und da standen alle zusammen. Ein solch breites Bündnis macht Mut, denn es zeigt: Gemeinsam erreichen wir viel.

Jutta Klebon

**Mehr dazu:**

<https://tarifrunde-print.verdi.de> und  
<https://tarifrunde-print.verdi.de/streikinfos-fotogalerie>

**WDR spart****Das Jahresende hat begonnen**

**Der WDR muss sparen. Das ist klar, das ist bekannt. Doch die Sache mit dem Sparen, die wirkt sich mittlerweile ganz kräftig bis in die Redaktionen aus. Konkret wird es in einer Redaktion, die jetzt schon ihren Etat kräftig überzogen hat. Jetzt gibt die Redaktion die Direktive heraus: Nichts mehr bestellen, kein Geld für Honorare.**

Einerseits heißt dies für die Freien: mehr freie Zeit. Aber auch: weniger Bares auf dem Konto. Nun, das ist das unternehmerische Risiko der Selbstständigen, das mag man betrauern oder auch nicht. Betrauern aber muss man, dass jetzt in einigen Redaktionen

bereits der Winter beginnt. Kein Geld, das heißt auch: Programm wird aus Konserven gemacht.

Hat das die Hörserschaft verdient? Attraktiver auf jeden Fall wird ein solches Programm

nicht. Und dem öffentlich-rechtlichen Anspruch an Aktualität und Information genügt dies dann auch nicht.

Da wird deutlich: Ein Sender, der jährlich Millionen Euros im zweistelligen Bereich sparen will und muss, muss sich überlegen, wie und wo das geschieht. Das geht nicht, wenn man gleichzeitig den Anspruch aufrechterhält, das Programm so zu erhalten, wie es war. Programm wird sich verändern. Aber bitte mit Konzept. Damit nicht immer mehr Redaktionen ein Drittel des Jahres auf Konserven zurückgreifen – und die Moderationen das einzig frische auf Sendung sind.

Peter Schmidt

# Erfolgreicher Abschluss – auch für Freie

**Es war keine leichte Runde. Der WDR will Jahr für Jahr 50 Millionen sparen. Und wie sich die Haushaltsabgabe auf die Einnahmen der Sender auswirken wird, das kann niemand so genau sagen. Keine guten Voraussetzungen – gerade deshalb kann sich das Ergebnis von 4,3 Prozent auf zwei Jahr plus insgesamt 950 Euro Einmalzahlung sehen lassen.**

Wie schon bei der letzten Runde haben alle ARD-Anstalten und das ZDF sowie das Deutschlandradio gemeinsam zum Auftakt die Tarifverträge im Frühjahr aufgekündigt. Auch das Motto „Gute Arbeit – Gutes Geld“ war in den Sendern Land auf, Land ab ebenso gleich wie die Forderung von 5 Prozent für 12 Monate für Feste und Freie Mitarbeiter. Weil in der Vergangenheit viele Freie jahrelang leer ausgegangen sind, hat die ver.di Mitgliederversammlung im WDR diesmal eine soziale Komponente für die Freien beschlossen. Mit der relativ hohen Einmalzahlung haben wir dieses Ziel auch erreicht, denn die kommt immerhin allen arbeitnehmerähnlichen Freien im WDR tatsächlich zu Gute.

Nach drei zähen Verhandlungsrunden und einem erfolgreichen Warnstreik konnten wir ein gutes Ergebnis erzielen. Freie bekommen 2,4 Prozent ab August 2011 auf die Mindesthonorare und alle arbeitnehmerähnliche Freie 550 Euro Einmalzahlung. Als Arbeitnehmerähnlich gelten hier die Freien, die beim WDR entweder in 2010 einen Urlaubsantrag

gestellt haben oder diesen Antrag erstmals bis zum Stichtag 31. Juli 2011 eingereicht haben. Die Einmalzahlung ist übrigens um 150 Euro höher als bei den Angestellten, weil unser Tarifvertrag einen Monat später beginnt – den zusätzlichen Monat braucht der Sender, um den Honorarraumen entsprechend um zu stellen. Zum 1.5.2012 werden dann weitere 1,9 Prozent auf die Mindesthonorare und noch einmal 400 Euro Einmalzahlung fällig.

Das heißt also für uns Freien immerhin insgesamt 950 Euro Einmalzahlung! Das hat natürlich den kleinen Schönheitsfehler, dass diese Zahlung nicht nachhaltig wirkt. Die prozentualen Erhöhungen wirken dagegen in den Folge-Jahren fort und sind deshalb letztlich mehr Wert. Damit sind wir aber bei einem wirklich schwierigen Problem – den Honorarspannen beim WDR. Für alle Tätigkeiten gibt es im Honorarraumen ein Mindesthonorar. Wie der Name schon sagt, muss der WDR den ausgewiesenen Betrag mindestens zahlen, sonst können wir ihm auf die Finger klopfen...

## Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG)

# Freie in den Personalrat – Erfolg dank ver.di

**Es muss deutlich gesagt werden: ver.di's Druck hats bewegt. In den Arbeitsgruppen-Sitzungen, die eine Gesetzesreform immer begleiten, hat ver.di immer wieder drauf gedrungen, dass die Zuständigkeit des Personalrates erweitert wird. Er soll künftig auch für die Freien zuständig sein. Die Kontinuität und der immer währende Hinweis, wie wichtig eine Betreuung der Freiberufler durch den Personalrat ist und dass die Freien sonst kaum Mitbestimmungsrechte haben, zeigten Wirkung. Kurz vor Schluss floss in die Gesetzesnovelle der neue Passus ein. Jetzt vertritt der Personalrat auch die Freien.**

Und schon gibt es Streit. Mit dem Sender, klar, mit wem sonst. Der nämlich akzeptiert zwar, dass die Freien zwar den Personalrat wählen dürfen. Aber er akzeptiert – noch – nicht, dass die Freien in den Personalrat gewählt werden dürfen. Sie seien nicht weisungsgebunden, darum nicht wählbar. Armin Behrens vom WDR-Personalrat ist da gänzlich anderer Meinung – er rechnet damit, dass Freie im kommenden Jahr wählbar sind. „Denn der WDR ist derzeit mit seiner Auslegung allein.“

Grundsätzlich wird durch die Gesetzesänderung der WDR-Personalrat schlagkräftiger, Behrens erwartet 2 bis 3 weitere Freistellungen. Allerdings kommen auch zahlreiche neue Aufgaben auf die Personalvertretung zu, seien es die Themen rund um Tarife und Urlaub und einiges mehr. Eine echte Herausforderung, für die ver.di-VertreterInnen gut gerüstet sind, haben sie schon immer dank der gewerkschaftlichen Arbeit intensiven Kontakt zu den Freien gepflegt.

Die tatsächlich gezahlten Honorare beim WDR, also die Effektiv-Honorare, liegen aber in weiten Teilen erheblich darüber. Da die Gewerkschaften aber nur über diese Mindesthonorare verhandeln können und nicht über die Effektiv-Honorare, muss der WDR die lineare prozentuale Erhöhung nicht überall weitergeben. Mindesthonorare werden in den aktuellen Landesprogramm, in weiten Teilen bei 1Live und teilweise im aktuellen Programmbereichen gezahlt. Da schlägt die Erhöhung voll durch, auf WDR 5 und WDR 3 zum Beispiel dagegen erfahrungsgemäß nicht. Damit wir die Honorierungs-Praxis gut beobachten können, ist es wichtig, dass Ihre Eure Honorare genau kontrolliert. Rückmeldung könnt Ihr dann zum Beispiel über die WDR-Mailing-Liste geben oder Euch unter [www.freiseiten.de](http://www.freiseiten.de) an der dortigen Honorar-Umfrage beteiligen.

Übrigens möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen: Die Gewerkschaften erkämpfen und erzielen solche Tarifabschlüsse und das Ergebnis kommt anschließend allen zu Gute – egal ob Gewerkschaftsmitglieder oder nicht! Und wie viele Organisationen beklagen auch die Gewerkschaften einen Mitglieder-Schwund. Dabei kostet Solidarität nicht die Welt. Freie zahlen bei ver.di nach Ihren Angaben zum Einkommen davon 1 Prozent, ohne Angaben mindestens 15 Euro (in begründeten Ausnahmefälle auch weniger) und bekommen dafür neben guten Tarifabschlüssen kostenlose Beratung und im Falle eines Falles auch Rechtsschutz. Wer sich über die Rahmenbedingungen informieren will: [www.verdi.de](http://www.verdi.de)

Anja Arp

Mit der Stimme des Personalrates können die Freien vorgehen gegen ungerechtfertigte (Unter)Bezahlungen, gegen Arbeitsverdichtung, gegen die schlechte Ausstattung von Arbeitsräumen und einiges mehr.

Vertreten werden durch die Gesetzesnovelle künftig die so genannten 12a-Freien, das sind die arbeitnehmerähnlichen Freien, die auch beim Sender ihr Urlaubsgeld erhalten. Das sind immerhin rund 1.800 Menschen. Sie dürfen auf jeden Fall im Sommer 2012 an den Personalratswahlen teilnehmen.

Diese Freien dürfen, folgt man der Auslegung des WDR NICHT, auch als Kandidaten aufgestellt werden. Wobei deutlich wird, dass noch nicht alle Fragen geklärt sind. Also, langweilig wird es nicht. Aber ver.di packt diese Fragen an. Denn es eine wichtige Errungenschaft, dass Freie jetzt auch über den Personalrat Einfluss nehmen können. Die Chance muss genutzt werden. Übrigens: Die Listen für die nächsten Personalratswahlen werden zur Jahreswende in Mitgliederversammlungen aufgestellt.

Peter Schmidt

# Wenn die Post zum Textmakler wird

**Ein neuer Online-Marktplatz für Journalistinnen und Journalisten soll den Umsatz der Freien in der digitalen Welt stärken. Noch ist das Modell in der Startphase, doch ein – kritischer – Blick von Außen lohnt sich allemal.**

Zunächst einmal ist mensch überrascht, wer denn da so alles in einem Boot rudert. Gemanaget wird die neue Vermarktungsplattform [www.dieredaktion.de](http://www.dieredaktion.de) von der Deutschen Post AG. Mit dabei als aktiver Kooperationspartner ist einerseits der Axel Springer Verlag und andererseits – man lese und staune – der Deutsche Journalisten Verband, die zweite Gewerkschaft der Journalisten neben ver.di. Der DJV wiederum trommelt höchst aktiv für die neue Online-Plattform. Der Mitgliederzeitschrift „Journalist“ beherbergte eine mehrseitige Beilage „Fakten“, in der fleißig für die neue Online-Textbörse geworben wird, oder sagen wir besser: In der darüber informiert wurde.

Im Interview sagt DJV-Vorsitzender Michael Konken, dass der DJV das neue Portal begrüße und von Beginn an unterstütze, „weil sich dadurch die wirtschaftliche Situation von Freien Journalistinnen und Journalisten verbessern kann.“ Und DJV-Mitglied Sven Hansel unterstützt ebenfalls fleißig und von Beginn an das Portal, um die eigene Vermarktung zu optimieren. Wenn er auch auf die Frage, wie viele Artikel er bereits verkauft habe, antwortet: „Noch nicht einen einzigen.“ Das ist zumindest ehrlich.

Klickt man sich gezielt durchs Online-Portal, dann findet man neben Hansel eine kunterbunte Mischung. Da ist der Freie Journalist aus Koblenz, der seit Monaten keinen Artikel angeboten hat und offensichtlich auf Aufträge hofft. Und die junge Nachwuchsjournalistin aus Köln, der Weltenbummler aus Berlin, Fachjournalisten – aber auch ein staatlich geprüfter Lebensmitteltechniker, bei dem man gar nicht erkennt, ob der überhaupt jemals texten will (was will der überhaupt da?). Oder man findet den „Freien“ Wirtschaftskorrespondenten, der als Kontakt die Dumont-Redaktionsgemeinschaft im Berliner Verlag angibt. Das ist eine GmbH, die den großen DuMont-Titeln (Kölner Stadt-Anzeiger, Mitteldeutsche Zeitung, Berliner Zeitung und Frankfurter Rundschau) zuarbeiten soll. Offensichtlich haben die Kollegen dort Kapazitäten frei?

Angeboten werden Texte verschiedenster Art – für 20 Euro gibt es schon ein Servicebeitrag über Privatversicherung, für 790 Euro taucht mensch in die Tiefen der Wirtschaftszukunft Deutschlands ein. Das Zurschau-Stellen der eigenen Beiträge kostet nichts – und bei der Recherche konnten wir ganz leicht ausprobieren, wie man Texte markiert und dann ins eigene System kopiert. Dies war sogar für

den unregistrierten Freibrief-Rechercheur möglich.

Wenn dann wirklich verkauft wird, dann kommt die (Ab-)Rechnung automatisch übers System, das sichert dem Betreiber Post auf jeden Fall die zugesicherte Provision von 30 Prozent. Das ganze ist für Anbieter kostenfrei bis Ende 2011, danach fallen jährliche Gebühren von 72 Euro an. Käufer dürfen das Portal weiterhin kostenfrei nutzen. Zum Jahreswechsel also wird sich zeigen, wer dann wirklich bleibt und seine Texte offeriert.

Durch die DJV-Unterstützung hat das Portal eine gewisse Anziehungskraft, so freut sich Post-Konzernvorstand Jürgen Gerdes über 1.500 registrierte JournalistInnen. Der Online-Marktplatz spreder fusionierte bereits mit dem Postangebot, bleiben die Autoren treu, sind der Post im kommenden Jahr rund 100.000 Euro an „Grundgebühren“ sicher. Für den Konzern nicht die Welt, aber sicher nett.

Womit klar ist: Auch wenn es die Postaktien nicht rettet, es bleibt etwas übrig für den Konzern, dessen Briefträger immer größere Bezirke abarbeiten müssen. Ob die Partner wie der Axel Springer Verlag oder der DJV davon profitieren, sei dahingestellt. Wobei die Verlage auf jeden Fall nichts draufzahlen, dürfen sie die Börse doch kostenfrei nutzen. Eines aber bleibt am Schluss: So ganz traut die Post ihrem Geschäftsmodell nicht. Denn sonst würde es ihr genügen, allein die Verkaufsprovision zu kassieren und sich nicht noch durch eine Grundgebühr abzusichern. Schade eigentlich, mehr Mut zur eigenen Idee wäre auch nicht schlecht ...

Peter Schmidt

## Neue – alte Erfahrung im Regionalen

# Keine Alternative bei Regio-Blatt

**Man muss ja mal was Neues versuchen. Das dachte ich mir, als ich mit einer regionalen Zeitschrift Kontakt aufnahm. Ich könnte doch mal für die handliche regionale Illustrierte schreiben, sann ich und sagte ich.**

Nun denn, der erste Auftrag kam, der zweite auch. Soweit nicht schlecht, mein Tagessatz war auch bekannt und eigentlich mit 250 Euro (für Vor-Ort-Medien) auch nicht zu teuer. Dann habe ich zum Vorgespräch auch mal die Redaktion – gratis – besucht (damit man kennt, für wen man schreibt), später eine Pressekonferenz besucht, eine Geschichte recherchiert und kurzfristig noch eine. Alles fertig, termingerecht abgeliefert. Kurz vor Erscheinen dann die Info: Eine Geschichte ward gedruckt, eine in eine andere verwurstet und eine geschoben. Kein Problem, Rechnung geschrieben und alles war klar. Von mir aus kann die Geschichte ja geschoben werden, Hauptsache, die Kohle stimmt.

Irgendwann dann, auf Nachfrage, wurde der Betrag auch überwiesen, verbunden mit der Bemerkung: „Dich kann ich mir aber nicht immer leisten.“ Nun ja, das macht mir auch nichts, lieber schreibe ich seltener für faires Geld und beackere in der gewonnenen Freizeit meinen Vorgarten, statt für das gleiche Geld viel mehr zu arbeiten, das Konto stimmt nicht und das Unkraut überwuchert den Garten. Ein Test, der mit gemischten Gefühlen endete – aber eine Chance auf Zukunft vielleicht. Ich wurde zur nächsten Redaktionskonferenz eingeladen, ging auch hin (gratis), es war ein wenig chaotisch, aber wir sprachen immerhin drei Themen ab. Kurz vor dem Erscheinungstermin dann die Info, drei Geschichten seien

drin und eine gestrichen. Wenn sie denn bezahlt wird, kein Problem. Als ich dann das fertige Blatt in Händen hielt, war der Schreck ein anderer: Fehler wurden in alle drei Geschichten reinredigiert. Bei einer Geschichte wurden Fehler sogar gedruckt, obwohl die Redaktion und ich vorher über die Änderungen telefoniert hatten und ich darauf bestand, dass diese Redigier-Fehler wieder bereinigt werden.

Das ist schlecht, ganz schlecht sogar. Auf das Honorar wartete ich „nur“ ein paar Monate. Womit klar ist: Jungverleger, auch wenn sie vielleicht älter sind als ich und sich als ziemlich links bezeichnen, sind nicht unbedingt an gutem Journalismus interessiert ...

Man muss ja mal was probieren – auch wenn mal viel zu oft das lernt, was man doch eigentlich schon weiß. Schade eigentlich. Übrigens: Im Normalfall will dieser Jungverleger 50 Euro pro Seite zahlen, bei 4.000 bis 6.000 Zeichen...

Peter Schmidt

## Arbeitszimmer

# Gute Nachrichten für den Heimschreibtisch

**Gute Nachrichten für Freie, die im heimischen Büro arbeiten. Steuern und Abgaben werden weniger.**

Der Reihe nach: Zunächst zur Rundfunkgebühr, die auch für den internetfähigen PC gezahlt werden sollte. Die Kolleginnen und Kollegen der GEZ sollten auch für die PCs Rundfunkgebühren eintreiben, die im heimischen Arbeitszimmer stehen. Doch das Bundesverwaltungsgericht wies die klagenden Rundfunkanstalten in ihre Schranken. Kurz gesagt: Wer in der heimischen Wohnung bereits sein Radio- oder TV-Gerät angemeldet hat, muss nicht noch zusätzlich für den PC im Arbeitszimmer zahlen. Na also. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wollten es geklärt haben – nun ist es geklärt. Eigentlich war dieser Rechtsstreit ziemlich sinnlos, steht doch im Rundfunkgebührenstaatsvertrag, dass für „neuartige Rundfunkempfangsgeräte“ nicht zu zahlen ist, wenn auf demselben Grundstück bereits Rundfunk oder Fernseh-Gerät angemeldet sind. Jetzt haben es alle schwarz auf weiß, hat nur ein wenig Geld gekostet ...

Weniger zahlen müssen nach Auffassung des Finanzgerichtes Köln die Menschen, die ihr Arbeitszimmer auch ein wenig privat nutzen. Das Arbeitszimmer fällt dann nach Ansicht der kölschen Richter nicht komplett aus der Steuererklärung raus. Allerdings muss aufgeteilt werden, wie groß der private und wie groß der berufliche Anteil ist. Das sind doch grundsätzlich gute Nachrichten, kann doch künftig vielleicht auch der berühmte Bettkanten-Journalist seine Arbeitsecke im Schlafzimmer steuerlich absetzen. Allerdings bitte keine verfrühten Freudenhopper, das Gericht hat Revision zugelassen. Und das kann dauern, bis dieser Rechtsstreit durchgefochten ist. Doch einer muss ja mal anfangen.

Ebenfalls auf die Seite derer, die immer unterwegs sind, schlug sich das Finanzgericht Düsseldorf. Übersetzt entschied das Gericht: Auch wenn ein Außendienstler viel unterwegs ist, führt er (oder sie) die „prägende“ Tätigkeit im Arbeitszimmer aus, liegt dort der Mittelpunkt der Tätigkeit – und damit ist das Arbeitszimmer komplett absetzbar. Also: Wenn das Texten prägend ist, dann darf man ruhig aufwändig auswärts recherchieren. Denn was für reisende Bauingenieure gilt, soll auch für Medienschaffende gelten.

Peter Schmidt

## Umsatzsteuer

# Bitte sicherheitshalber auf Papier

Im digitalen Zeitalter verschicken immer mehr die Rechnung per PC. Wer eine solche erhält, sollte wissen: Damit ist kein Vorsteuerabzug erlaubt. Es sei denn, es gibt eine elektronische Signatur. Für Freie heißt das: Rechnungen nur bezahlen, wenn sie klassisch auf Papier vorgelegt werden können. Sonst kann es mal Ärger mit dem Finanzamt geben.

## Lebensversicherung/ Autorenversorgungswerk

# Geld für 4 Jahrgänge

Die Geburtsjahrgänge 1945 und 1957 sowie 1956 dürfen dieses Jahr nicht verschlafen! Denn für diese Jahrgänge – und nur für die – gibt die Autorenversorgung einen ordentlichen Zuschuss. Wer mit freiwilligen Beiträgen fürs eigene Alter vorsorgt, kann eine einmalige Einnahme kassieren. Geplant ist derzeit ein Zuschuss von 2.500 Euro. Grundsätzlich gilt: Freiberufliche Autoren, die Mitglied der VG Wort sind und über die Künstlersozialkasse (KSK) rentenpflichtversichert sind, können unter bestimmten Voraussetzungen (Infos dazu unter [www.vgwort.de](http://www.vgwort.de)) einen Antrag auf Einmalzahlung stellen. Möglich ist ein Zuschuss zu einer Altersvorsorge wie Lebens- und Rentenversicherungen oder zu Sparverträgen. Die Versicherungs- bzw. Anlage-summe muss zum Ende der Laufzeit mindestens 5.000 Euro betragen. Ist doch was! Bei Fragen und Interesse mehr Infos unter [avw@vgwort.de](mailto:avw@vgwort.de)

## **Impressum:**

Der „Freibrief“ ist eine Zeitschrift für freiberufliche Mitglieder der ver.di, Fachgruppe Medien – in NRW. Er ist online verfügbar unter [www.freiseiten.de](http://www.freiseiten.de) sowie über die Internet-Präsenz der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di unter [www.dju-nrw.verdi.de/freelancer](http://www.dju-nrw.verdi.de/freelancer). Außerdem steht eine Druckauflage für den Postversand (Preis: 1,50 Euro/Stück) zur Verfügung. Abo-Anfragen bitte an Jutta Klebon (v.i.S.d.P.), c/o ver.di Landesbezirk NRW, Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, T: (02 11) 6 18 24-332, F: (02 11) 6 18 24-468, E-Mail: [jutta.klebon@verdi.de](mailto:jutta.klebon@verdi.de)

Satz: CE Grafik Design, Carsten Engels, Gummersbach, Telefon: (0 22 61) 2 99 66

Redaktion: Journalistenbüro profil, Peter Schmidt, Bismarckstr. 1, 51643 Gummersbach, T: (0 22 61) 92 62 10, E-Mail: [psch-profil@t-online.de](mailto:psch-profil@t-online.de)

Wir freuen uns immer neu über Anregungen, Beiträge und Terminhinweise. Schließlich ist der Freibrief von Freien für Freie gemacht.

## **Freienberatung**

Fragen zu Urheberrecht, Honoraren, Einstiegs- und Versicherungsfragen - und all das, was sich an Problematiken rund um den Freien Journalismus rankt? Egal, ob Hörfunk, TV, Print, Internet oder PR - alle Fragen sind erlaubt. ver.di bietet seinen Mitgliedern eine persönliche Beratung an. Kontaktaufnahme bitte über den Landesfachbereich Medien unter T: (02 11) 6 18 24-332.

Die **Technik-Beratung** wird ebenfalls vom Landesfachbereich Medien organisiert. Anmeldung auch unter (02 11) 6 18 24-332 – hier werden die Termine individuell mit den Beratern abgestimmt.

**Eine weitere Anlaufstelle für Freiberufler ist das Beratungsnetzwerk mediafon:**

[www.mediafon.net/index.php3](http://www.mediafon.net/index.php3)

Neben persönlicher Beratung, die nur **für Mitglieder der Gewerkschaft ver.di kostenlos** ist, sind auf der Internetseite viele Informationen zu finden. Auf der Website ist auch eine Übersicht über alle Änderungen, die sich gegenüber im **Ratgeber Freie** der letzten Druckauflage (Stand: 1.4.2002) ergeben haben

Alle NRW-ver.di-Mitglieder, die – teilweise oder komplett – als SchauspielerInnen, SängerInnen, MusikerInnen, TänzerInnen, AutorInnen, BildhauerInnen, MalerInnen Fragen zu ihrem künstlerischen Bereich (und nur zu dem!) und zu aller damit zusammenhängenden Bürokratie, erhalten bei Stefan Kunz eine **Gratis-Beratung**. Bitte statt auf einen Rückruf zu warten, lieber nach Anrufbeantworterkontakt noch einmal selbst anrufen! Mitgliedsnummer bereithalten. Telefon: (0 22 02) 70 88 70